

# Schweizer Transporteure im Protest

Forderung der Frächter: LSWA erst ab April 2001

BERN: Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (AS-TAG) hat den Bundesrat um eine Verschiebung der LSWA-Einführung auf den 1. April gebeten. Er sehe keinen Anlass dazu, sagte Bundesrat Kaspar Villiger nach einem Gespräch mit der ASTAG. Er werde das Anliegen aber prüfen. Für eine Ölsteuer-Senkung sieht er keinen Spielraum.

Das Gespräch sei konstruktiv und nützlich gewesen, erklärte Villiger am Donnerstag vor der Presse. Er habe erklärt, er sehe keinen Spielraum für eine Senkung der Mineralölsteuer und keinen Anlass, die Einführung der LSWA zu verschieben. Laut Pierre Triponez, der als Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes am Gespräch teilnahm, haben er und ASTAG-Direktor Charles Friderici um eine Verschiebung der LSWA-Einführung auf den 1. April gebeten. Er habe nicht viel Hoffnung darauf, aber sei glücklich, dass Villiger das Anliegen prüfe, sagte Triponez. Er sehe keine Möglichkeit und auch nicht genügend Gründe, zu verschieben, erklärte Villiger dazu. Er werde das Anliegen aber prüfen, denn die Fairness gebiete, diese Sorge ernst zu nehmen. Der Finanzminister wies auf die grossen Probleme hin, welche die Verschiebung mit sich bringen würde. Die Vorbereitungen seien voll im Gang. Zudem würden die LSWA-Einnahmen für die NEAT gebraucht. Er verstehe, dass sich die Branche Sorgen mache, sagte Villiger weiter. Der signifikante Kostenschub, zu dem die LSWA führe, sei aber vom Volk so gewollt gewesen. Es sei ein unglückli-



Der abtretende Astag-Zentralpräsident Charles Friderici, rechts, sprach am Donnerstag in Bern zusammen mit Bundesrat Kaspar Villiger, Mitte, und dem Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Pierre Triponez, links, zu MedienvertreterInnen. Villiger hat sich mit einer Astag-Delegation getroffen, um über die steigenden Treibstoffpreise zu diskutieren.

cher Zufall, dass im gleichen Zeitraum die Benzinpreise so stark am Steigen seien.

## 500 Franken Mehrkosten

ASTAG-Präsident Charles Friderici, der am 1. Oktober sein Amt Ständeratspräsident Carlo Schmid übergibt, bezeichnete das Gespräch als extrem befriedigend. Er sei sich bewusst, dass der Bundesrat bei den Mineralölsteuern keinen grossen Handlungsspielraum habe. Da sich die Transporte

durch die Ölpreiserhöhungen um rund zwei, durch die LSWA aber um 17 Prozent erhöhten, seien die Benzinpreise nur ein sekundäres Problem.

## Wer bezahlt?

Er glaube, dass im Zusammenhang mit der LSWA noch viele Gespräche mit dem Bundesrat stattfinden sollten. Das Volk habe die LSWA gewollt; die Preiserhöhungen müssten die Konsumenten zahlen, sagte Friderici weiter. Diese riskierten höher zu sein als erwartet. Er

gehe von Mehrkosten pro Familie von 500 Franken jährlich aus.

Zu den Benzinpreisen sagte Villiger weiter, eine Senkung der Mineralölsteuer würde die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes verzögern. Zudem wäre es ein falsches Signal, mit Steuersenkungen Preise abzufedern, die aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage entstünden. Auf lange Sicht müsse aber der Bundesrat die Kompetenz erhalten, in Extremlagen die Mineralölsteuer

zu verändern, sagte Villiger. Er erinnerte daran, dass der Bundesrat diesen Vorschlag bereits gemacht habe, dieser aber vom Parlament abgeschmettert worden sei. Dieselben Bürgerlichen, die damals dagegen gewesen seien, kämen nun mit demselben Anliegen. Villiger betonte auch, er habe geschätzt, dass die Transporteure das Gespräch mit ihm gesucht hätten. Es sei gut, dass man in der Schweiz miteinander spreche und nicht gleich auf die Strasse gehe.

## Weltgipfel nicht im Internet

Wolfensohn und Köhler nennen Tagung in Prag einen Erfolg

PRAG: «Sind solche Veranstaltungen in Zeiten des Internets überhaupt noch sinnvoll?» werden IWF-Chef Horst Köhler und Weltbankpräsident James Wolfensohn zum Abschluss des Weltfinanzgipfels in Prag gefragt.

Überschattet von gewaltsamen Protesten hatten sich rund 14 000 Experten aus 182 Ländern in der tschechischen Hauptstadt getroffen, um über Armutsbekämpfung, die Stabilität des internationalen Finanzsystems und Globalisierung zu diskutieren. Zu ihrem Schutz standen mehr als 12 000 Polizisten bereit. Angesichts der Grösse des Treffens muten die Ergebnisse auf den ersten Blick eher bescheiden an.

## Einsatz für Wachstum

Weltbank und IWF seien durch das Treffen gestärkt worden, betonten Köhler und Wolfensohn am Donnerstag zwar übereinstimmend. Die Mitglieder hätten die Organisationen aufgefordert, weiter gegen die Armut zu kämpfen und sich für ein Wachstum einzusetzen, das allen Ländern der Welt zu Gute kommt. Doch wenn es um konkrete Schritte zur Verwirklichung der Ziele geht, bleiben die Ergebnisse der Tagung vage.

Wolfensohn und Köhler bekräftigten ihren Appell an die Industrieländer, Handelsbarrieren gegenüber den Entwicklungsländern abzubauen. Köhler hofft dabei auf eine wachsende Wahrnehmung des Problems. Sein Traum sei, dass sich die Parlamente in den reichen Ländern mit der Frage der Öffnung ihrer Märkte stärker befassen. «Damit die Globalisierung allen zu Gute kommt, müssen wir uns für gewisse moralische Standards einsetzen, eine Weltethik,» sagt Köhler. Viel mehr kann der IWF-Chef aber auch nicht tun, denn Entscheidungen treffen die 182 Mitglieder des Fonds, deren Stimmrechte sich nach der jeweiligen Finanzkraft richten.

## Risikoreiche Engagements

Auch bei der Einbeziehung des Privatsektors zur Bewältigung von Wirtschaftskrisen bleibt es eher vage. In der Vergangenheit war kritisiert worden, internationale Investoren seien im Vertrauen auf den IWF oft risikoreiche Engagements eingegangen. Bei einer stärkeren Einbeziehung der Privatwirtschaft wären dies dagegen an dem Risiko beteiligt. Derzeit werde an Rahmenbedingungen für eine Beteiligung der Privatwirtschaft gearbeitet, sagt

Köhler. Er sei optimistisch.

Initiativen wie das christliche Projekt Erlassjahr 2000, die ein Moratorium für alle nicht tragbaren Auslandsschulden für die ärmsten Länder der Welt forderten, sehen sich ebenfalls enttäuscht. Eine Erweiterung der Initiative zur Entschuldung der ärmsten und hochverschuldeten Länder der Welt (HIPC) steht nach Worten Wolfensohns nicht an. Immerhin sollen bis Ende des Jahres 20 Staaten in die Entschuldungsinitiative einbezogen werden. Derzeit sind es zehn.

## Neue Atmosphäre der Zusammenarbeit

Dennoch bezeichnen Wolfensohn und Köhler das Treffen als grossen Erfolg. Die Unterstützung der Mitglieder für ihre Politik sei deutlich. Und auch zwischen den beiden scheint die Chemie zu stimmen. Von einer neuen Atmosphäre der Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF spricht Köhler, und Wolfensohn nickt bestätigend. Einig sind sich die beiden, dass die Jahrestagungen unverzichtbar sind, der persönliche Kontakt lasse sich nicht durch virtuelle Konferenzen im Internet ersetzen. Allerdings könne man über die Grösse der Treffen nachdenken, räumt Köhler ein.

## Überschüsse...

EU hat schlechte Aussenhandelsbilanz

LUXEMBURG: Die höheren Ölpreise schlagen auch auf die Aussenhandelsbilanz der EU durch: In der Euro-Zone wie in der Gesamt-EU fiel die Bilanz auf Grund der Juli-Zahlen schlechter aus. Gewachsen ist der Handelsüberschuss der Euro-Zone mit der Schweiz.

Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union (EU) in Luxemburg, gab am Donnerstag aufgrund erster Schätzungen Zahlen für Juli bekannt. Demnach verbuchten die elf Länder der Euro-Zone im Handel mit Drittländern im Juli einen Überschuss von 4,9 Mrd. Euro, dies gegenüber einem Überschuss von 12,1 Mrd. Euro im Juli 1999.

## Höhere Rohölpreise

Für alle 15 EU-Staaten beträgt das geschätzte Handelsdefizit im Juli 4,2 Mrd. Euro (1999: 5,2 Mrd.). Für die ersten sieben Monate des Jahres fiel so in der Euro-Zone der Überschuss mit 5,8 Mrd. Euro geringer aus als 1999 (35,6 Mrd.). In der gesamten EU ergab sich mit 45,5 Mrd. Euro ein höheres Defizit als im Vorjahr (5,8 Mrd.). Detailzahlen liegen erst für das erste Halbjahr vor. Bereits bis Juni schlugen sich indes die höheren Rohölpreise in einem Anstieg des Wertes der Ener-

gieeinführen in die EU um 108 Prozent nieder. Das Bilanzdefizit im Energiebereich stieg auf 53,7 Mrd. Euro und ist laut Eurostat zum grossen Teil Grund der verschlechterten Gesamthandelsbilanz.

## Handel mit Schweiz

Der Handelsbilanzüberschuss der Euro-Zone mit der Schweiz betrug von Januar bis Juni 7,1 Mrd. Euro, dies gegenüber 6 Mrd. im Vergleichszeitraum 1999. Die Ausfuhren aus der Euro-Zone in die Schweiz nahmen dabei um 13 Prozent auf 30,6 Euro zu. Die Einfuhren stiegen um 12 Prozent auf 23,5 Mrd. Euro.

Unverändert gegenüber 1999 bei 4,3 Mrd. Euro blieb im ersten Semester 2000 der Handelsbilanzüberschuss der Gesamt-EU mit der Schweiz. Die EU-Ausfuhren in die Schweiz stiegen in diesem Zeitraum um 13 Prozent auf 33,9 Mrd. Euro und die Einfuhren um 15 Prozent auf 29,6 Mrd. Euro.

Der Preis für Öl der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) hat sich kaum verändert. Ein Barrel (159 Liter) OPEC-Öl habe am Mittwoch 29,18 Dollar nach 29,15 Dollar am Dienstag gekostet, berichtete das OPEC-Sekretariat am Donnerstag in Wien. Die Entwicklung bleibt spannend

## NACHRICHTEN

### Koop Constantin und USA Films

MÜNCHEN: Die Münchener Constantin Film AG hat die Kino-, Fernseh-, Video- und Internetrechte an künftigen Produktionen des unabhängigen Hollywood-Studios USA Films gekauft. Wie Constantin-Chef Bernd Eichinger am Donnerstag mitteilte, wird sein Unternehmen alle bis Ende 2003 produzierten Streifen von USA Films in Deutschland, Österreich und der Schweiz vermarkten. Zu den Projekten zählten «One Night at McCool's» mit Michael Douglas und Matt Dillon sowie «The Barber Movie» von den Brüdern Coen.

### GSM-UMTS-Chip felert Premier

MÜNCHEN: Das Siemens-Tochterunternehmen Infineon hat am Donnerstag den weltweit ersten Basisband-Chip für GSM und UMTS vorgestellt. Ein Handy mit diesem Chip kann sowohl das herkömmliche Mobilfunksystem GSM als auch das künftige UMTS-System nutzen, wie das Unternehmen in München mitteilte. Der Mobilfunkstandard UMTS ermöglicht die Übertragung von Sprache, Bildern und Video und soll in Europa ab 2002 schrittweise eingeführt werden.

### Jahrestagung IWF

BARCELONA: Aus Protest gegen die Festnahme von Demonstranten bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Prag haben Globalisierungsgegner am Donnerstag das tschechische Konsulat in Barcelona besetzt. Die Besetzer verlangten die Freilassung der Demonstranten, die bei dem vorzeitig beendeten Treffen in Prag gegen die Globalisierung der Wirtschaft protestiert hatten. Wie der tschechische Honorarkonsul Jose Maso in der katalanischen Metropole mitteilte, drang eine Gruppe von 15 jungen Leuten gewaltsam in das Konsulat ein. 30 weitere Globalisierungsgegner unterstützten die Aktion, blieben aber auf der Strasse.

### Wechsel

ZÜRICH: Aldo Mastai wird per 1. Oktober 2000 neuer Präsident des Verwaltungsrates der Phillips AG in Zürich. Der bisherige Vizepräsident löst Karl Börner ab, der pensioniert wird. Neuer Vizepräsident wird Heinz Schärer. Paul Starrenberg stösst zudem als neues Mitglied in den Verwaltungsrat.

### ABB in China

BADEN: ABB Hochspannungstechnik hat einen Auftrag in der Höhe von knapp 30 Mio. Franken für Schaltssysteme und Ausrüstung für ein Atomkraftwerk in China erhalten. Es handle sich um einen der wichtigsten Aufträge in China, teilte ABB am Donnerstag mit. Auftraggeber ist die Jiangsu Nuclear Power Corporation in China. Die Lieferung erfolge in den Jahren 2001 und 2002.